

# Rechenschaftsbericht

<b>1. Planaufstellung und Entwicklung der Haushaltswirtschaft</b>	<b>Seite 2</b>
<b>2. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung</b>	<b>Seite 4</b>
2.1 Ordentliche Erträge	6
2.2 Ordentliche Aufwendungen	10
2.3 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen	13
<b>3. Erläuterungen zur Gesamtf finanzrechnung</b>	<b>Seite 14</b>
3.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	16
3.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	17
3.3 Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	18
3.4 Liquidität	18
<b>4. Lagebericht</b>	<b>Seite 19</b>
4.1 Allgemeine Rahmenbedingungen	19
4.2 Stand der Aufgabenerfüllung	20
4.3 Wesentliche Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen aus den Teilhaushalten	21
<b>5. Jahresabschlussanalyse</b>	<b>Seite 23</b>
5.1 Ergebnisrechnung	24
5.2 Finanzrechnung	25
5.3 Strukturdaten	27
5.4 Rücklagen, Zahlungsmittel, Schulden	29
<b>6. Ausblick: Chancen und Risiken</b>	<b>Seite 30</b>

## 1. Planaufstellung und Entwicklung der Haushaltswirtschaft

Die Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2011/2012 war angesichts der noch andauernden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise nicht einfach. Die Steuerschätzung vom Mai 2010 war davon ausgegangen, dass sich die noch zögerliche konjunkturelle Erholung fortsetzen würde, zumal sich der Arbeitsmarkt gegenüber dem krisenbedingten Konjunkturerinbruch als erfreulich robust gezeigt hatte. Dennoch mussten wir insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen 2011 aufgrund unserer verhältnismäßig hohen Gewerbesteuererinnahmen in 2009 mit deutlichen Mindererträgen rechnen. Zur – zumindest teilweisen – Kompensation unserer Einnahmeausfälle haben wir uns daher bereits bei der Haushaltsplanung Einsparziele sowohl bei den Personal- als auch bei Sachaufwendungen gesetzt. Außerdem haben die Ämter durch strukturelle Veränderungen, die auch die Veränderung bzw. Einschränkung von Leistungen umfassen, zur Haushaltskonsolidierung beigetragen.

Am 17.03.2011 hat der Gemeinderat den Doppelhaushalt 2011/2012 mit folgenden Eckdaten für das Jahr 2011 beschlossen:

<u>Ergebnishaushalt</u>	
Ordentliche Erträge	420.295.260 €
Ordentliche Aufwendungen	<u>455.901.080 €</u>
Ordentliches Ergebnis	-35.605.820 €
<u>Finanzhaushalt</u>	
Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts	-31.692.020 €
Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	-20.105.330 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	27.771.410 €
Veränderung des Finanzierungsmittelbestands	-24.025.940 €
Kreditermächtigung	30.635.110 €
Schuldenstand zum 31.12.2011 (ohne Restkaufpreisschulden)	190,7 Mio. €
Stand der Zahlungsmittel zum 31.12.2011 (einschließlich Geldanlagen)	16,0 Mio. €

Zum Ausgleich des Ergebnishaushalts war vorgesehen, Mittel aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zu entnehmen. Nach Planungsstand im Herbst 2010 sind wir davon ausgegangen, dass diese Rücklage sich zum 31.12.2010 auf 53,6 Mio. € belaufen würde.

Zum Ausgleich des Finanzhaushalts war vorgesehen, liquide Mittel aus dem Kassenbestand i. H. v. 24,0 Mio. € einzusetzen. Laut Planungsstand vom Herbst 2010 war davon ausgegangen worden, dass dieser zum 31.12.2010 mindestens 40,0 Mio. € betragen würde.

Mit Schreiben vom 03.05.2011 hat das Regierungspräsidium Karlsruhe die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt – allerdings mit der Einschränkung, dass nicht die erforderliche Kreditermächtigung i. H. v. 30,6 Mio. € genehmigt wurde, sondern nur die maximal zulässige Obergrenze von 28,3 Mio. €. Die Differenz in Höhe von 2,3 Mio. € war im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung aufzufangen, sofern nicht Deckungsmittel aus einem positiveren Verlauf der Haushaltswirtschaft zur Verfügung stehen. Bereits unsere Haushaltsprognose vom 15.05.2011 hatte erfreulicherweise gezeigt, dass dies möglich sein würde.

Eine Belebung der Konjunktur und die verbesserte Situation am Arbeitsmarkt haben dazu beigetragen, dass wir schon im Frühjahr 2011 davon ausgehen konnten, dass sich das ordentliche Ergebnis deutlich verbessern würde, auch wenn nach wie vor die ordentlichen Aufwendungen über den ordentlichen Erträgen liegen würden. Daher haben wir die zu erwartenden Mehrerträge nicht als zusätzlichen Handlungsspielraum betrachtet sondern als dringend notwendige Verbesserung unserer Finanzierungssituation und zur Begrenzung der Verschuldung. Eine weitere Haushaltsprognose zum 15.09.2011, die wir dem Gemeinderat gemeinsam mit dem unterjährigen Steuerungsbericht gemäß § 28 GemHVO vorgelegt haben, hat unsere Einschätzung vom Frühjahr bestätigt. Auf dieser Grundlage hat der Gemeinderat die Haushaltssperre auf die Personal- und Sachaufwendungen aufgehoben und die Ansätze zu 100% zur Bewirtschaftung freigegeben. Damit wurden die Anstrengungen der Ämter zur Haushaltskonsolidierung während der Haushaltsplanung und in der Folge auch bei der Haushaltsbewirtschaftung honoriert.

Im Ergebnis schloss das Haushaltsjahr 2011 dank erheblicher Mehrerträge vor allem bei den Steuern und Zuweisungen deutlich besser ab als noch bei der Planaufstellung angenommen. In der Folge mussten 16,5 Mio. € an Schulden weniger aufgenommen werden als geplant, und dies, obwohl der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit um 10,0 Mio. € über dem Ansatz lag. Damit stieg auch die Verschuldung weniger stark an als noch bei der Planaufstellung angenommen. Ein geringerer Schuldenanstieg war auch dem Gemeinderat wichtig, der im Rahmen der Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2011/2012 festgelegt hatte, dass eventuell höhere Erträge bei der Gewerbesteuer und den Schlüsselzuweisungen für den Ausbau der Kleinbetreuung, die Verbesserung der Finanzausstattung der städtischen Gesellschaften SWH und GGH und für den Schuldenabbau bzw. die Schuldenbegrenzung vorgesehen werden sollen.

Insgesamt ergaben sich folgende Gesamtsummen:

Ergebnishaushalt

Ordentliche Erträge	462.954.858 €
Ordentliche Aufwendungen	<u>474.524.651 €</u>
Ordentliches Ergebnis	-11.569.792 €

Finanzhaushalt

Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts	-8.929.688 €
Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	-30.089.686 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	11.427.187 €
Veränderung des Finanzierungsmittelbestands	-27.592.187 €

Kreditneuaufnahmen  
(ohne Umschuldungen) 14.095.000 €

Schuldenstand zum 31.12.2011  
(ohne Restkaufpreisschulden) 174,3 Mio. €

Stand der Zahlungsmittel zum 31.12.2011  
(einschließlich Geldanlagen) 35,3 Mio. €

Nachfolgend finden Sie das Rechnungsergebnis für den Gesamtergebnis- und den Gesamtfinanzhaushalt detailliert dargestellt und erläutert.

## 2. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

Der Gesamtergebnishaushalt 2011 schloss wie folgt ab:

	Ergebnis 2010 €	Plan 2011 €	Ergebnis 2011 €	Ergebnis/Plan Abweichung €
Steuern und ähnliche Abgaben	182.232.298	164.643.000	179.887.793	+15.244.793
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	152.013.958	124.935.960	145.155.378	+20.219.418
Sonstige Transfererträge	4.840.625	4.740.000	5.602.878	+862.878
Öffentlich-rechtliche Entgelte	50.255.189	51.728.400	54.003.770	+2.275.370
Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.049.199	22.297.090	23.001.574	+704.484
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.473.180	12.588.910	13.147.082	+558.172
Zinsen und ähnliche Erträge	10.228.199	805.900	1.076.783	+270.883
Aktivierete Eigenleistungen, Bestandsveränderungen	2.461.917	1.399.810	2.084.171	+684.361
Sonstige ordentliche Erträge	54.073.209	37.156.190	38.995.431	+1.839.241
<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>493.627.774</b>	<b>420.295.260</b>	<b>462.954.858</b>	<b>+42.659.598</b>
Personalaufwendungen	125.704.470	126.599.990	127.970.657	+1.370.667
Versorgungsaufwendungen	419.158	685.010	567.364	-117.646
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	71.690.877	71.638.210	72.290.987	+652.777
Planmäßige Abschreibungen	36.859.686	32.669.120	40.885.944	+8.216.824
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.852.613	7.888.000	7.188.342	-699.658
Transferaufwendungen	162.012.936	171.342.810	178.707.575	+7.364.765
Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.876.700	45.077.940	46.913.782	+1.835.842
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>450.416.440</b>	<b>455.901.080</b>	<b>474.524.651</b>	<b>+18.623.571</b>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>+43.211.334</b>	<b>-35.605.820</b>	<b>-11.569.792</b>	<b>+24.036.028</b>
Außerordentliche Erträge	35.924.586	0	2.903.175	+2.903.175
Außerordentliche Aufwendungen	7.215.966	0	1.286.996	+1.286.996
<b>Sonderergebnis</b>	<b>+28.708.620</b>	<b>0</b>	<b>+1.616.179</b>	<b>+1.616.179</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>+71.919.954</b>	<b>-35.605.820</b>	<b>-9.953.613</b>	<b>+25.652.207</b>

### Behandlung von Überschüssen u. Fehlbeträgen:

Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	+43,2	0,0	0,0	0,0
Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,0	35,6	11,6	-24,0
Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	+28,7	0,0	1,6	+1,6

Das ordentliche Ergebnis ist um +24,0 Mio. € besser als die Planung. Ursache sind vor allem deutliche Mehrerträge (+42,7 Mio. €), die überwiegend bei den Steuern und Zuweisungen entstanden sind. Diesen Mehrerträgen standen auch Mehraufwendungen gegenüber, jedoch beliefen sich diese „nur“ auf +18,6 Mio. €, so dass es zu der genannten Gesamtverbesserung gegenüber der Planung kam. Dennoch verblieb beim ordentlichen Ergebnis ein Fehlbetrag i. H. v. -11,6 Mio. €. Somit waren die Abschreibungen nicht in voller Höhe finanziert. Der Fehlbetrag wurde gemäß § 25 GemHVO unverzüglich durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt.

Nachfolgend finden Sie Erläuterungen zu den zentralen Ertrags- und Aufwandsarten. Mehrfach haben sich Verschiebungen zwischen den einzelnen Kostenarten allein dadurch ergeben, dass für 2011 die Zuordnungen im Kontenplan infolge der Beschlussfassung über die neue Gemeindehaushaltsverordnung angepasst werden mussten.

**2.1 Ordentliche Erträge**

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Steuern und ähnliche Abgaben</b>	<b>182,2</b>	<b>164,6</b>	<b>179,9</b>	<b>+15,3</b>
<u>darunter:</u>				
Grundsteuer A und B	24,5	24,9	25,1	+0,2
Gewerbesteuer	92,5	75,0	85,8	+10,8
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	49,8	49,0	53,1	+4,1
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	8,2	8,4	8,7	+0,3
Sonstige Gemeindesteuern	1,1	1,7	1,4	-0,3
Familienleistungsausgleich	5,6	4,7	5,0	+0,3
Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleis- tungen am Arbeitsmarkt (Wohngeld)	0,5	0,9	0,8	-0,1

In 2010 war das gute Gewerbesteuerergebnis von hohen Nachzahlungen geprägt. 2011 hingegen haben – dank der ansteigenden Konjunktur – vor allem Zugänge bei den Vorauszahlungen für die Mehrerträge gegenüber dem Haushaltsansatz gesorgt.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer war im Haushaltserlass 2011 auf 3,65 Mrd. € festgelegt worden; die gute konjunkturelle Entwicklung führte dann zu einem Gesamtergebnis von 4,2 Mrd. €.

Diese beiden Positionen haben mit zusammen +14,9 Mio. € wesentlich zur Verbesserung der Ertragsseite gegenüber der Planung beigetragen.

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Zuweisungen u. Zuwendungen, Umlagen</b>	<b>152,0</b>	<b>124,9</b>	<b>145,1</b>	<b>+20,2</b>
<u>darunter:</u>				
Schlüsselzuweisungen (FAG)	92,3	65,2	76,6	+11,4
Zuweisungen nach § 11 FAG	4,5	4,4	4,4	0,0
Zuweisungen u. Zuwendungen für laufende Zwecke	35,8	36,4	38,4	+2,0
Grunderwerbsteuer	9,5	8,5	13,6	+5,1
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	4,7	4,8	4,5	-0,3
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Bundes für die Umsetzung der Grundsi- cherung für Arbeitssuchende	5,2	5,6	7,6	+2,0

Ebenfalls erheblich zur Erhöhung der Erträge und damit zur Verbesserung des Gesamthaushalts haben folgende Positionen beigetragen:

Auch bei den Schlüsselzuweisungen wird deutlich, dass sich die konjunkturelle Situation in 2011 gegenüber den Annahmen aus den Steuerschätzungen von 2010 deutlich verbessert hat. Von großer Bedeutung für den Gesamthaushalt war aber, dass bei den Schlüsselzuweisungen sowohl der Planwert als auch das Ergebnis 2011 deutlich unter dem Ergebnis 2010 lagen. Aufgrund allgemein sinkender Steuereinnahmen in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise standen in 2011 im kommunalen Finanzausgleich weniger Mittel zur Verfügung, während gleichzeitig mehr Kommunen aufgrund eigener Steuerausfälle Anspruch auf FAG-Mittel hatten. Hinzu kam die unerwartete Gewerbesteuerstärke Heidelbergs in 2009, die im zweitfolgenden Jahr – also in 2011 – zu einem geringen Anspruch auf Schlüsselzuweisungen und zu einer höheren zu zahlenden Finanzausgleichsumlage führte.

Um diesen negativen Effekt finanztechnisch in 2011 abzufangen, war im Rahmen des Jahresabschlusses 2009 eine entsprechende Rückstellung gebildet worden, die in 2011 zweckentsprechend aufgelöst wurde.

Bei den Zuweisungen und Zuwendungen für laufende Zwecke verteilen sich die Mehrerträge auf viele Einzelpositionen (insbesondere Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit infolge der vermehrten Inanspruchnahme von Altersteilzeit und wegen der vermehrten Beschäftigung von schwerbehinderten Auszubildenden, Ausgleichsleistungen des Bundes nach § 34 Abs. 2 Wohngeldgesetz für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufgrund von steigenden Fallzahlen, Zuschüsse nach dem Schullastenausgleich, Spenden).

Das Grunderwerbsteuerergebnis 2011 war überdurchschnittlich hoch und vor allem geprägt von Grundstücksgeschäften in der Bahnstadt.

Deutlich über dem Ansatz lag die Leistungsbeteiligungen des Bundes an den kommunalen Kosten der Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende, da der Bund seine pauschale Beteiligung von bisher 28,5% auf 39,8% aufgestockt hat, um sowohl die Übernahme der Warmwasserkosten im Rahmen des SGB II zu finanzieren als auch zur Abgeltung der Leistungen aus dem neu eingeführten Bildungs- und Teilhabepaket.

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Sonstige Transfererträge</b>	<b>4,8</b>	<b>4,7</b>	<b>5,6</b>	<b>+0,9</b>

Hier werden nahezu ausschließlich Ersätze von sozialen Leistungen gebucht. Mehrerträge waren insbesondere bei den Kostenbeiträgen / Aufwendungsersätzen im Bereich der Hilfe zur Pflege zu verzeichnen (+460 T€). Außerdem waren die zunächst bei den Kostenerstattungen geplanten Elternersätze für Tagespflege ebenfalls bei den sonstigen Transfererträgen zu buchen (+382 T€).

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Öffentlich-rechtliche Entgelte</b>	<b>50,3</b>	<b>51,7</b>	<b>54,0</b>	<b>+2,3</b>

darunter:

Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	49,3	50,7	52,9	+2,2
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen	1,0	1,0	1,1	+0,1

Zu Mehrerträgen bei den Verwaltungs- und Benutzungsgebühren kam es insbesondere bei den Baugenehmigungsgebühren (+1,4 Mio. €), ausgelöst durch mehrere Großbauvorhaben und durch die Bautätigkeit in der Bahnstadt. Lediglich auf einer Veränderung des Kontenplans (Verschiebung der Kindergartenentgelte von den privatrechtlich Leistungsentgelten hin zu den öffentlich-rechtlichen Entgelten) beruhen die „Mehrerträge“ beim Kinder- und Jugendamt (+2,6 Mio. €).

Mindererträge hingegen waren zu verzeichnen im Bereich des Amtes für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung sowie bei den Friedhöfen (weniger Bestattungen als angenommen, passive Rechnungsabgrenzung bei den Grabnutzungsgebühren).

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Privatrechtliche Leistungsentgelte</b>	<b>25,0</b>	<b>22,3</b>	<b>23,0</b>	<b>+0,7</b>

darunter:

Mieten und Pachten	10,3	8,7	9,1	+0,4
Erträge aus Verkauf	6,5	6,1	7,6	+1,5
Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	8,2	7,5	6,3	-1,2

Dass die Mieten und Pachten in 2011 bereits in der Planung unter dem Ergebnis von 2011 liegen, resultiert daraus, dass die Kosten für die Unterbringung ausländischer Flüchtlinge sowie von Obdachlosenfällen bei den Kostenerstattungen abzuwickeln waren.

Bei den Erträgen aus Verkauf gab es Mehrerträge insbesondere beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (+1,0 Mio. €).

Zu Mindererträgen bei den sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten kam es durch die bereits oben erwähnte Buchung der Kindergartenentgelte bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten (-2,6 Mio. €). Mehrerträge waren hingegen beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung zu verzeichnen (+1,1 Mio. €).

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Kostenerstattungen und Kostenumlagen</b>	<b>12,5</b>	<b>12,6</b>	<b>13,1</b>	<b>+0,5</b>

Bei den Kostenerstattungen für abgeordnete Mitarbeiter/-innen korrespondieren Minderaufwendungen und Mindererträge. Mehr abgeordnete Mitarbeiter/-innen als geplant haben sich entschieden, die Abordnung zu beenden und unmittelbar für die entsprechende Gesellschaft (insbesondere AZV) zu arbeiten. Die Aufwendungen und die Erträge blieben dadurch jeweils um 404 T€ unter dem Ansatz.

Aufgrund höherer Zuweisungszahlungen bei den Asylbewerbern kam es zu höheren Erstattungsleistungen im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (+320 T€).

Darüber hinaus ist auch die Personalkostenerstattung der Bundesagentur für Arbeit für das Jobcenter höher ausgefallen als geplant.

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Zinsen und ähnliche Erträge</b>	<b>10,2</b>	<b>0,8</b>	<b>1,1</b>	<b>+0,3</b>

darunter:

Zinserträge	1,5	0,8	1,1	+0,3
Besondere Erträge	6,1	0,0	0,0	0,0
Sonstige Finanzerträge	2,6	0,0	0,0	0,0

Gegenüber 2010 sind die Zinserträge u. a. aufgrund des niedrigen Zinsniveaus rückläufig.

Zu den besonderen Erträgen zählen u. a. die Bußgelder und die Säumniszuschläge. Aufgrund einer Kontenplanänderung sind diese nun bei den sonstigen ordentlichen Erträgen zu buchen. Gleiches gilt für die sonstigen Finanzerträge; hierunter fallen insbesondere die Nachforderungszinsen im Bereich der Gewerbesteuer.



	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Aktivierete Eigenleistungen, Bestandsveränderungen</b>	<b>2,5</b>	<b>1,4</b>	<b>2,1</b>	<b>+0,7</b>

Hierbei handelt es sich um Leistungen, die u. a. das Gebäudemanagement, die Regiebetriebe Gartenbau und Straßenunterhaltung sowie die Werkstätten für investive Maßnahmen des Finanzhaushalts erbringen und so das Anlagevermögen erhöhen. Die Mehrerträge gegenüber dem Plan entstanden insbesondere beim Gebäudemanagement und bei den Werkstätten.

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Sonstige ordentliche Erträge</b>	<b>54,1</b>	<b>37,2</b>	<b>39,0</b>	<b>+1,8</b>

darunter:

Konzessionsabgaben	7,6	7,8	8,3	+0,5
Besondere Erträge	0,0	7,9	7,9	0,0
Weitere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	0,7	0,0	0,7	+0,7
Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	45,8	21,5	22,1	+0,6

Die Konzessionsabgabe orientiert sich an der Entwicklung bei den Stadtwerken Heidelberg.

Zu den besonderen Erträgen zählen u. a. die Bußgelder, die Säumniszuschläge und die Nachforderungszinsen im Bereich der Gewerbesteuer. Diese waren bis zur Kontenplanänderung bei den Zinsen und ähnlichen Erträgen zu buchen.

Großen Einfluss auf das Gesamt-Haushaltsergebnis hatten sowohl in 2010 als auch in 2011 die nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträge. Hierbei handelt es sich um die Auflösung von Rückstellungen. So hatten wir z. B. in 2009 eine Rückstellung i. H. v. 21,5 Mio. € für künftige Belastungen im Rahmen des Finanzausgleichs gebildet. Auslöser war, dass wir nach unserem überdurchschnittlich guten Ergebnis bei der Gewerbesteuer in 2009 aufgrund der zeitversetzten Systematik des FAG in 2011 Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen vom Land und gleichzeitig Mehraufwendungen bei der FAG-Umlage erwarten mussten – zu denen es ja dann auch kam. Diese Rückstellung wurde nun in 2011 zweckentsprechend aufgelöst, so dass sie das ordentliche Ergebnis i. H. v. 21,5 Mio. € entlastet hat.

In 2010 waren insbesondere folgende Rückstellungen aufgelöst worden: FAG-Rückstellung i. H. v. 21,8 Mio. € und Pensions- und Beihilferückstellung (jetzt direkt beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg) i. H. v. 18,4 Mio. €. Außerdem wurde in 2010 eine im Zuge der Aufstellung der Eröffnungsbilanz zu hoch gebildete Deponierückstellung um 4,2 Mio. € verringert.

## 2.2 Ordentliche Aufwendungen

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Personal- und Versorgungsaufwendungen</b>	<b>126,1</b>	<b>127,3</b>	<b>128,5</b>	<b>+1,2</b>

Die Bildung des Ansatzes 2011 erfolgte vor dem Hintergrund der Finanzkrise besonders restriktiv. Mit Blick auf den zu erwartenden Aufgabenzuwachs in einigen Bereichen, die Tarif- und Besoldungssteigerungen inkl. Ausbau der leistungsorientierten Bezahlung sowie die Nebenkostensteigerungen war die Zielsetzung von Beginn an ambitioniert.

Die anspruchsvollen Zielsetzungen konnten jedoch nicht komplett erreicht werden. Ursächlich hierfür waren insbesondere zusätzliche Aufgaben, welche noch über die bereits absehbaren Aufgabenerhöhungen hinausgingen (u. a. Durchführung des Zensus, Startphase des Konversionsprozesses, Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets sowie die Erweiterung der Zweitwohnungssteuer). Die Auswirkungen der Tarif- und Besoldungssteigerungen lagen ebenfalls über den prognostizierten Werten. Zusätzlich kam es im Bereich der Kranken- und Arbeitslosenversicherung zu nicht vorhersehbaren Erhöhungen.

<b>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</b>	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
	<b>71,7</b>	<b>71,6</b>	<b>72,3</b>	<b>+0,7</b>

darunter:

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	17,0	15,9	16,2	+0,3
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	0,8	0,9	1,0	+0,1
Mieten und Pachten, Leasing	6,1	7,1	7,1	0,0
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	11,8	11,7	11,5	-0,2
Haltung von Fahrzeugen	1,7	1,7	2,0	+0,3
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	1,1	1,1	1,0	-0,1
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	31,2	31,4	31,5	+0,1
Aufwendungen für den Verbrauch von sonstigen Vorräten	1,7	1,5	1,7	+0,2
Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen	0,3	0,3	0,3	0,0

Zu einem Rückgang der Aufwendungen bei der Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen gegenüber 2010 kam es vor allem im Schulbereich (2010: 5,9 Mio. €; 2011: 5,7 Mio. €). Hier wird vielfach mit Abschlagszahlungen gearbeitet, so dass es aufgrund der Größe der Gebäude witterungsbedingt zu Ergebnisschwankungen kommen kann. Zu berücksichtigen ist auch, dass große Sanierungen stattfanden, bei denen einzelne Gebäudetrakte teilweise geschlossen waren und dass bei den Sanierungen auch energetische Gesichtspunkte im Vordergrund standen, was einen sinkenden Energieverbrauch zur Folge hat.

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Planmäßige Abschreibungen</b>	<b>36,9</b>	<b>32,7</b>	<b>40,9</b>	<b>+8,2</b>

darunter:

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	35,0	32,7	37,2	+4,5
Abschreibungen auf Finanzvermögen	1,9	0,0	3,7	+3,7

Deutlich über dem Planansatz lagen die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Zu Ansatzüberschreitungen i. H. v. 1,1 Mio. € kam es unter anderem durch die Aktivierung von inzwischen abgeschlossenen Schulbaumaßnahmen (u. a. Sanierung Werkstattgebäude der Carl-Bosch-Schule, Sanierung des Dachgeschosses des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums, Sanierung der Waldparkschule). Diese Maßnahmen waren zum Teil aus Mitteln des Konjunkturpakets II zusätzlich durchgeführt worden bzw. wurden aufgrund einer verzögerten rechnungstechnischen Abwicklung erst zeitversetzt abgeschrieben.

Zu Mehraufwendungen kam es außerdem bei den Straßen im Zuge der Korrektur der Eröffnungsbilanz.

Bei den Abschreibungen auf Finanzvermögen werden uneinbringliche Forderungen gebucht (Erlass / Niederschlagung von Gebühren, Säumniszuschlägen, Steuern), die nicht planbar sind. Diese bewegten sich in 2011 in der gleichen Größenordnung wie 2010 (rd. 1,8 Mio. €). Außerdem wurde hier in 2011 eine prozentuale Pauschalwertberichtigung i. H. v. 1,9 Mio. € über alle städtischen Forderung gebucht zur Berücksichtigung des durchschnittlichen Forderungsausfalls je Jahr.

Damit haben die Mehraufwendungen i. H. v. 8,2 Mio. € bei den Abschreibungen gegenüber der Planung 44% der gesamten Mehraufwendungen (18,6 Mio. €) ausgemacht.

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>8,9</b>	<b>7,9</b>	<b>7,2</b>	<b>-0,7</b>

darunter:

Zinsen	6,0	7,9	6,7	-1,2
Sonstige Finanzaufwendungen	2,9	0,0	0,5	+0,5

Bei den Kreditneuaufnahmen haben wir von dem aktuell günstigen Zinsniveau profitiert. Außerdem mussten wir aufgrund einer guten Kassenlage und des teilweise verzögerten Mittelabflusses Kredite erst zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch nehmen.

Die sonstigen Finanzaufwendungen umfassen u. a. die Aufzinsung von Rückstellungen (0,5 Mio. €; im Vorjahr noch 2,1 Mio. €, da die Abzinsung zunächst umstritten war und erst in 2010 für die Jahre 2007 bis 2010 gebucht worden war).

Aufgrund einer Kontenplanänderung nicht mehr bei den sonstigen Finanzaufwendungen sondern bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen zu buchen sind die Verzinsungen von Steuererstattungsansprüchen (in 2010 0,7 Mio. €).

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Transferaufwendungen</b>	<b>162,0</b>	<b>171,3</b>	<b>178,7</b>	<b>+7,4</b>

darunter:

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	39,1	48,1	53,1	+5,0
Schuldendiensthilfen	1,3	0,9	0,5	-0,4
Sozialtransferaufwendungen	52,8	55,0	55,7	+0,7
Steuerbeteiligungen	16,0	13,1	15,7	+2,6
Allgemeine Umlagen	52,8	54,2	53,7	-0,5

Nach den Abschreibungen tragen die Transferaufwendungen mit Mehraufwendungen i. H. v. 7,4 Mio. € den zweitgrößten Anteil (40%) an den gesamten Mehraufwendungen (18,6 Mio. €).

Die Mehraufwendungen bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke ergaben sich daraus, dass der Gemeinderat in 2011 unterjährig beschlossen hat, zur Abdeckung des ÖPNV-Verlusts bei der HSB zusätzlich 8 Mio. € bereitzustellen. Zu Minderaufwendungen kam es hingegen bei den Zuschüssen an freie Kita-Träger, die sowohl aus der Verzögerung beim Platzausbau resultieren (Verzögerung bei der Fertigstellung bereits bewilligter Maßnahmen) als auch daraus, dass sich die Personalschlüsselanpassungen im Rahmen der stufenweise Umsetzung des Orientierungsplans erst ab 2012 kassenwirksam werden.

Bei den Schuldendiensthilfen wurden beim Wohnungsentwicklungsprogramm (WEP) die verfügbaren Mittel aufgrund rückläufiger Nachfrage nicht vollständig benötigt.

Bei den Steuerbeteiligungen wird nur die Gewerbesteuerumlage gebucht; diese war aufgrund der höheren Gewerbesteuererträge höher als geplant.

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
<b>Sonstige ordentliche Aufwendungen</b>	<b>44,9</b>	<b>45,1</b>	<b>46,9</b>	<b>+1,8</b>

darunter:

Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0,0	0,2	0,2	0,0
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten und Geschäftsaufwendungen	10,0	8,5	9,6	+1,1
Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	1,2	1,3	1,3	0,0
Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit	13,6	14,2	14,5	+0,3
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung	20,1	20,4	19,6	-0,8
Besondere Aufwendungen	0,0	0,5	1,7	+1,2

Bei den Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten und Geschäftsaufwendungen kam es insbesondere durch den vermehrten Einsätzen von Honorarkräften beim Theater zu Mehraufwendungen (+736 T€).

Unter „aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung“ wird insbesondere die Kosten der Unterkunft für den Personenkreis der Arbeitssuchenden nach SGB II (Hartz IV) gebucht. Aufgrund der verbesserten Wirtschaftslage war die Zahl der vom Job-Center betreuten Bedarfsgemeinschaften rückläufig, so dass die Aufwendungen um 715 T€ unter dem Ansatz lagen.

Bei den besonderen Aufwendungen wurde erstmalig aufgrund einer Kontenplanänderung die Verzinsung von Steuererstattungsansprüchen bei der Gewerbesteuer gebucht. Die Verzinsung von Steueransprüchen aus (überzahlten) Gewerbesteuerzahlungen unterliegt Schwankungen, die nicht voraussehbar und auch nicht zu beeinflussen sind.

<b>2.3 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>
--

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
Außerordentliche Erträge	35,9	0,0	2,9	+2,9
Außerordentliche Aufwendungen	7,2	0,0	1,3	+1,3

Bei den außerordentlichen Erträgen war das Ergebnis 2010 vor allem geprägt von Korrekturen im Anlagevermögen (insbesondere im Bereich Straßen), die im Zuge der Prüfung der Eröffnungsbilanz zu außerordentlichen Erträgen von 27,2 Mio. € geführt hatten.

Die Mehrerträge in 2011 ergaben sich aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden über dem Restbuchwert.

Auch bei den außerordentlichen Aufwendungen hatten sich in 2010 Korrekturen im Anlagevermögen im Zuge der Prüfung der Eröffnungsbilanz deutlich auf das Ergebnis ausgewirkt (+3,8 Mio. €). Hinzu kam insbesondere eine Verlustausgleichszahlung für 2009 zugunsten der Stadtwerke Heidelberg GmbH (+ 2,1 Mio. €).

Die Mehraufwendungen in 2011 ergaben sich aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden unter dem Restbuchwert sowie durch eine Korrektur der Eröffnungsbilanz im Bereich der Straßen.

### 3. Erläuterungen zur Gesamtfinanzzrechnung

Die Finanzrechnung schloss wie folgt ab:

	Ergebnis 2010 €	Plan 2011 €	Ergebnis 2011 €	Ergebnis/Plan Abweichung €
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	444.782.840	391.539.940	429.175.593	+37.635.653
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	415.206.877	423.231.960	438.105.281	+14.873.321
<b>Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbedarf des Ergebnishaushalts</b>	<b>29.575.963</b>	<b>-31.692.020</b>	<b>-8.929.688</b>	<b>+22.762.332</b>
Investitionszuwendungen	7.922.742	6.905.550	6.580.745	-324.805
Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte	54.784	11.280.000	5.322.307	-5.957.693
Veräußerung von Sachvermögen	3.184.186	7.725.000	9.808.513	+2.083.513
Veräußerung von Finanzvermögen	33.807.000	0	3.120	+3.120
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	963.731	422.400	613.090	+190.690
<b>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>45.932.443</b>	<b>26.332.950</b>	<b>22.327.774</b>	<b>-4.005.176</b>
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	5.081.234	6.000.000	8.450.675	+2.450.675
Baumaßnahmen	35.970.257	26.194.490	31.060.450	+4.865.960
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	24.593.831	6.456.190	4.207.152	-2.249.038
Erwerb von Finanzvermögen	14.715.600	250.000	25.350	-224.650
Investitionsförderungsmaßnahmen	9.053.569	7.537.600	8.673.834	+1.136.234
<b>Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>89.414.491</b>	<b>46.438.280</b>	<b>52.417.461</b>	<b>+5.979.181</b>
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-43.482.048</b>	<b>-20.105.330</b>	<b>-30.089.686</b>	<b>-9.984.356</b>
<b>Finanzierungsmittelfehlbedarf</b>	<b>-13.906.085</b>	<b>-51.797.350</b>	<b>-39.019.374</b>	<b>+12.777.976</b>
Kreditaufnahmen, Restkaufpreisschulden, Umschuldungen	19.469.807	30.635.110	14.095.000	-16.540.110
Tilgung von Krediten, Umschuldungen	3.360.934	2.863.700	2.667.813	-195.887
<b>Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>16.108.873</b>	<b>27.771.410</b>	<b>11.427.187</b>	<b>-16.344.223</b>
<b>Änderung des Finanzierungsmittelbestands</b>	<b>2.202.788</b>	<b>-24.025.940</b>	<b>-27.592.187</b>	<b>-3.566.247</b>
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	65.220.136	0	74.831.757	+74.831.757
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	76.072.039	0	94.863.229	+94.863.229
<b>Haushaltsunwirksame Vorgänge</b>	<b>-10.851.903</b>	<b>0</b>	<b>-20.031.473</b>	<b>-20.031.473</b>
Anfangsbestand Zahlungsmittel	66.608.753	39.999.940	57.959.638	+17.959.698
Veränderung Zahlungsmittel	-8.649.115	-24.025.940	-47.623.660	-23.597.720
Geldanlagen	0	0	25.000.000	+25.000.000
<b>Endstand Zahlungsmittel (mit Geldanlagen)</b>	<b>57.959.638</b>	<b>15.974.000</b>	<b>35.335.978</b>	<b>+19.361.978</b>

Die Finanzrechnung bildet die Einzahlungen und Auszahlungen ab und setzt sich im Wesentlichen aus folgenden 3 Teilbereichen zusammen:

- laufende Verwaltungstätigkeit
- Investitionstätigkeit
- Finanzierungstätigkeit.

Für den Teilbereich „laufende Verwaltungstätigkeit“ kann grundsätzlich auf die Erläuterungen zum Ergebnishaushalt (siehe Ziffer 2) verwiesen werden. Dieser Teilbereich schloss mit einem negativen Ergebnis von -8,9 Mio. (Ansatz -31,7 Mio. €) ab, so dass zum Ausgleich insbesondere Mittel aus dem Zahlungsmittelbestand herangezogen werden mussten.

Erläuterungen zum Teilbereich „Investitionstätigkeit“ finden Sie nachfolgend unter Ziffer 3.1 und 3.2. Auch dieser Teilbereich schloss mit einem negativen Betrag ab (Ergebnis -30,1 Mio. €, Plan -20,1 Mio. €).

Damit summierte sich aus diesen beiden Teilbereichen der Finanzierungsmittelfehlbedarf auf 39,0 Mio. € auf und lag damit deutlich unter dem Ansatz von 51,8 Mio. €. Dieser Fehlbedarf konnte durch Kreditaufnahmen (siehe hierzu Finanzierungstätigkeit unter Ziffer 3.3) sowie durch den teilweisen Einsatz des Zahlungsmittelbestandes (siehe hierzu Liquidität unter Ziffer 3.4) gedeckt werden. Insbesondere durch die gegenüber der Planung verbesserte Situation bei den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit war eine weniger hohe Kreditaufnahme notwendig als im Haushaltsplan veranschlagt.

Die haushaltsunwirksamen Vorgänge schließen deswegen negativ ab, weil hier nun auch Geldanlagen als Auszahlung zu buchen sind (in 2011 15 Mio. €). Außerdem wurde hier der Liquiditätsverbund mit der Sonderrechnung Bahnstadt kassenwirksam abgewickelt (6,6 Mio. €).

Der Zahlungsmittelbestand (einschließlich Geldanlagen) hat sich gegenüber dem Vorjahr um 22,6 Mio. € verringert.

Im Folgenden werden die Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushalts detailliert dargestellt.

### 3.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit blieben um 4,0 Mio. € unter dem Ansatz. Ursache hierfür waren überwiegend noch nicht abgerechnete Erschließungsbeiträge. Im einzelnen ergab sich folgendes Bild:

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
Investitionszuwendungen	7,9	6,9	6,6	-0,3
Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte	0,0	11,3	5,3	-6,0
Veräußerung von Sachvermögen	3,2	7,7	9,8	+2,1
Veräußerung von Finanzvermögen	33,8	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	1,0	0,4	0,6	+0,2

#### Investitionszuwendungen:

Im Schulbereich kam es durch die Zuwendungen aus dem Konjunkturpaket II zu Mehreinzahlungen (u. a. Sanierung Werkstattgebäude Carl-Bosch-Schule +1,0 Mio. €; Mittel, die an Privatschulen weitergeleitet wurden: +0,7 Mio. €).

Unter dem Ansatz lagen hingegen die Zuschüsse im Straßenbereich, da es insbesondere bei der Abrechnung der Zuschüsse für die Maßnahmen Speyerer Straße und Ziegelhäuser Landstraße Verzögerungen gab.

#### Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte:

Entgegen der ursprünglichen Planung wurde für das Baugebiet „Im Bieth“ zwar mit der Erhebung von vorläufigen Erschließungsbeiträgen für die ersten bebauten Grundstücke begonnen, eine Schlussabrechnung konnte jedoch noch nicht durchgeführt werden.

#### Veräußerung von Sachvermögen:

Ein Teil der Grundstücksverkäufe aus 2010 wurde erst 2011 kassenwirksam, so dass der Ansatz überschritten wurde.

#### Veräußerung von Finanzvermögen:

In 2010 waren hier die Einzahlungen aus der Übertragung von städtischen Geschäftsanteilen der Stadtwerke-Netze GmbH an die Stadtwerke im Zusammenhang mit der Einrichtung des Eigenbetriebs Stadtbetriebe Heidelberg gebucht worden.

#### Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit:

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Rückflüsse von Ausleihungen (Darlehen), die an Dritte für Investitionen gewährt wurden.



### 3.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit lagen um 6,0 Mio. € über dem Plan. Ursache hierfür waren insbesondere Mehrauszahlungen bei den Baumaßnahmen (u. a. aufgrund des Konjunkturpakets II, wegen Kostensteigerungen oder aufgrund einer veränderten Kassenwirksamkeit bei Mehrjahresvorhaben).

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	5,1	6,0	8,5	+2,5
Baumaßnahmen	36,0	26,2	31,1	+4,9
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	24,6	6,5	4,2	-2,3
Erwerb von Finanzvermögen	14,7	0,2	0,0	-0,2
Investitionsförderungsmaßnahmen	9,0	7,5	8,6	+1,1

#### Erwerb von Grundstücken und Gebäuden:

Die Mehrauszahlungen entstanden durch die Abrechnung der Erschließungsbeiträge für die städtischen Gewerbegrundstücke im Neubaugebiet „Im Bieth“.

#### Baumaßnahmen:

Zu Mehrauszahlungen kam es u. a. im Schulbereich (+1,3 Mio. €). Größere Sanierungen und Neu-/ Erweiterungsbauten erstrecken sich auch hinsichtlich ihrer Abrechnung über mehrere Jahre. So können sowohl Verschiebung im Bauablauf als auch bei der rechnungstechnischen Abwicklung zu Veränderungen im Mittelabfluss führen.

Im Straßenbereich wurden zum einen Haushaltsreste aus Vorjahren bewirtschaftet und zum anderen führte die Erhöhung der Maßnahmegenehmigung für die Ziegelhäuser Landstraße zu Mehrauszahlungen gegenüber dem Ansatz (insgesamt +5,1 Mio. €).

Beim Amt für Verkehrsmanagement kam es durch die Abwicklung von Maßnahmen im Ergebnis- statt im Finanzhaushalt (kinderfreundliche Verkehrsplanung) sowie durch die Verzögerung von Maßnahmen (Verkehrssignalanlagen, Busbeschleunigung und Straßenbahnbeschleunigungsprogramm) zu Minderauszahlungen (-1,0 Mio. €).

#### Erwerb von beweglichem Sachvermögen:

In 2010 wurde hier die Stammkapitalausstattung des Eigenbetriebs Stadtbetrieb Heidelberg mit insgesamt 22,2 Mio. € gebucht.

Die Minderauszahlungen in 2011 resultieren insbesondere daraus, dass die im Rahmen der Sanierung der Internationalen Gesamtschule vorgesehene schrittweise Neuausstattung erst später stattfindet, da sich der Baubeginn für die Sanierung des Haupthauses nach 2012 verschoben hat (-1,0 Mio. €).

Durch diese Verzögerung verschob sich auch die Auszahlung des Finanzierungsentgeltes für die Durchführung der Sanierungsarbeiten an die BSG (-800 T€)

#### Erwerb von Finanzvermögen:

Hier wurde in 2010 insbesondere die Erhöhung der Kapitalrücklage an die SWH GmbH von 14,2 Mio. € im Zusammenhang mit der Einrichtung des Eigenbetriebs Stadtbetrieb Heidelberg gebucht.

#### Investitionsförderungsmaßnahmen:

Zu Mehrauszahlungen gegenüber dem Haushaltsplan kam es beim Investitionszuschuss für die Modernisierung und Erweiterung des Wilhelm-Frommel-Hauses, da sich die Auszahlung teilweise von 2010 nach 2011 verschoben hat (+465 T€). Weitere Mehrauszahlungen entstanden durch die Weiterleitung von Zuschüssen aus dem Konjunkturpaket II an die Privatschulen (+680 T€).

### 3.3 Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	19,5	30,6	14,1	-16,5
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3,4	2,9	2,7	-0,2

In 2011 erfolgten Kreditneuaufnahmen auf dem Kapitalmarkt in Höhe von 14,1 Mio. €. Getilgt wurden 2,7 Mio. €. Umschuldungen wurde keine vorgenommen. Der Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden) zum 31.12.2011 betrug 174,3 Mio. €.

### 3.4 Liquidität

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	65,2	0,0	74,8	+74,8
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	76,1	0,0	94,9	+94,9

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen handelt es sich um durchlaufende Gelder wie Umsatzsteuer, Liquiditätskredite und Mündelgeld sowie systembedingte Verrechnungsbuchungen der Gehaltsabrechnung.

Außerdem werden hier auch Geldanlagen gebucht (in 2011 15 Mio. €). Ebenfalls kassenwirksam hier abgewickelt wird der Liquiditätsverbund mit der Sonderrechnung Bahnstadt (6,6 Mio. €).

	Ergebnis 2010 Mio. €	Plan 2011 Mio. €	Ergebnis 2011 Mio. €	Abweichung Mio. €
Endstand Zahlungsmittel (mit Geldanlagen)	58,0	16,0	35,3	+19,3

Die genannten Vorgänge der Finanzrechnung einschließlich der haushaltsunwirksamen Vorgänge haben dazu geführt, dass sich der Zahlungsmittelbestand (einschließlich Geldanlagen) in 2011 von 58,0 Mio. € auf 35,3 Mio. € verringert hat.

Der Zahlungsmittelbestand wird u. a. dann benötigt, wenn die von 2011 nach 2012 übertragenen Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste) sowie die Budgetüberträge zu kassenwirksamen Auszahlungen führen. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild:

Haushaltsreste (Ergebnishaushalt)	1,8 Mio. €
Haushaltsreste (Finanzhaushalt)	18,2 Mio. €
Budgetüberträge (Ergebnishaushalt)	8,1 Mio. €
Fehlbeträge im Budget (Ergebnishaushalt)	-1,6 Mio. €
Vorbelastung gesamt	26,5 Mio. €

Außerdem ist im Haushaltsplan 2011/2012 vorgesehen, den Zahlungsmittelbestand auch in 2012 teilweise zur Eigenfinanzierung des Haushalts einzusetzen.

## 4. Lagebericht

### 4.1 Allgemeine Rahmenbedingungen

Die Weltkonjunktur wurde in der ersten Jahreshälfte 2011 durch verschiedene Schocks gelähmt: Dazu zählten ein kräftiger Ölpreisanstieg infolge der politischen Umbrüche im arabischen Raum, das Erdbeben in Japan und die Eskalation der Schuldenkrise im Euro-Raum. Zwar konnten die zwei erstgenannten Schocks bis zur Jahresmitte weitestgehend verarbeitet werden, die Schuldenproblematik beherrschte jedoch weiter das Bild. Viele Industrieländer stehen vor der Aufgabe, ihren Konsolidierungserfordernissen nachzukommen und das in einer Phase, in der die Konjunktur ohnehin durch zahlreiche andere Faktoren belastet wird. So dämpfen u. a. die hohe Arbeitslosigkeit und ausgeweitete Verschuldung der privaten Haushalte in vielen Ländern den privaten Konsum.

In Deutschland hingegen setzte sich der wirtschaftliche Aufschwung fort. Die wirtschaftliche Aktivität erreichte in 2011 wieder das Niveau vor der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der krisenbedingte Nachholprozess verlief somit dynamischer, als die Bundesregierung noch in 2010 erwartet hatte. Der Aufschwung fiel – auch im internationalen Vergleich – sehr kräftig aus: Das Bruttoinlandsprodukt nahm im Jahr 2011 preisbereinigt um 3,0 Prozent zu, nachdem es im Jahr zuvor bereits um 3,7 Prozent zugelegt hatte. Allerdings hat im Laufe des Jahres 2011 die Verschuldung in einer Reihe von Industriestaaten – oft gepaart mit Zweifeln an deren Wettbewerbsfähigkeit – zu einer deutlichen Verunsicherung an den Kapitalmärkten geführt. Dadurch trübten sich auch die Konjunkturerwartungen der deutschen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011 merklich ein. Das Wachstum verlor an Fahrt.

Der Arbeitsmarkt hat auch in 2011 vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert: Die Erwerbstätigkeit und vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind im Jahresdurchschnitt 2011 kräftig gestiegen. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung erreichten den niedrigsten Stand seit 1991 und die Erwerbstätigkeit den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. 2011 erhielten jahresdurchschnittlich 5,36 Mio. erwerbsfähige Menschen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II; das sind 8% weniger als im Vorjahr.

Die weitreichenden Auswirkungen des demografischen Wandels in Deutschland werden zunehmend im Alltag konkret erfahrbar. Eine rückläufige Zahl der Kinder und Erwachsenen bei steigendem Bevölkerungsanteil an Senioren/-innen stellt vielerorts die bestehende Ausgestaltung und Qualität der lokalen Infrastruktur, des öffentlichen und kulturellen Lebens und nicht zuletzt die Sicherung der Fachkräftebasis für die regionale Wirtschaft infrage.

Im Bereich des Klimaschutzes hat sich Deutschland ambitionierte Ziele gesetzt. Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien zur tragenden Säule des Energiesystems ist die Energiewende das größte Modernisierungsprojekt der kommenden Jahrzehnte. Innovationen, neue Technologien und kluge Systemansätze sind nötig.

#### Quellen:

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2011/12
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Jahreswirtschaftsbericht 2012
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2011
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Familienatlas 2012
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Jahresbericht 2011 zur Forschungsförderung im Bereich der erneuerbaren Energien

## 4.2 Stand der Aufgabenerledigung

Im Jahr 2011 war eine stetige Erfüllung der kommunalen Aufgaben gewährleistet. Insbesondere die verbesserten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und in der Folge die über dem Plan liegenden Erträge haben zu einer verbesserten Eigenfinanzierung und damit zu mehr Generationengerechtigkeit beigetragen. Im Vordergrund standen insbesondere folgende Themen und Aufgabenschwerpunkte:

### Bahnstadt:

In 2011 wurde die Bahnstadt offiziell der 15. Heidelberger Stadtteil. Hier entsteht in zentraler Lage ein Stadtteil mit einer Mischung aus Wohnen, Wissenschaft und Gewerbe. Die Nachfrage ist so groß, dass die Planungen für den zweiten Bauabschnitt um zwei Jahre vorgezogen wurden. In 2011 erfolgte u. a. der Spatenstich für die erste Kindertagesstätte der Bahnstadt (Fertigstellung zum Beginn des Kindergartenjahres 2012/2013), das Richtfest für die erste 96 Wohnungen, die von der städtischen Gesellschaft für Grund- und Haushalbesitz (GGH) errichtet werden (bezugsfertig im Sommer 2012) und das Richtfest für das Büro- und Laborgebäude SkyLabs. Außerdem wurde die Verlängerung des Querbahnsteigs fertig gestellt, so dass ein direkter Zugang von der Bahnstadt in den Hauptbahnhof besteht.

### Konversion:

Bis zum Jahr 2014 wird die US Army aus Heidelberg abziehen. Die Entwicklung der rund 200 Hektar Flächen mit rund 2.370 Wohnungen und Häusern, Schulen, Einkaufszentren, Bürogebäuden, einem Flugplatz und einem Hospital soll gemeinsam mit den Bürger/-innen gestaltet werden. In 2011 hat ein Entwicklungsbeirat, bestehend aus Vertretern unterschiedlicher Gremien, Verbände und Institutionen Leitlinien für die künftige Nutzung dieser Flächen erarbeitet.

### Bürgerbeteiligung:

„Bürgerbeteiligung „Ja“ – aber wie?“, mit dieser Frage hat sich der Arbeitskreis Bürgerbeteiligung ab dem Frühjahr 2011 beschäftigt. Bis zum Frühjahr 2012 hat er dem Gemeinderat Leitlinien für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung vorgelegt, deren Ziel es ist, mehr Transparenz zu schaffen und den Bürgern/-innen eine Mitwirkung an Vorhaben der Stadt verlässlich zu ermöglichen.

### Internationale Bauausstellung (IBA):

Gegen Ende des Jahres hat der Gemeinderat beschlossen, in Heidelberg eine Internationale Bauausstellung unter dem Motto „Wissen schafft Stadt“ durchzuführen. In einem Zeitraum von 10 Jahren sollen Zukunftsfragen der Stadtentwicklung in der Wissensgesellschaft thematisiert und hierzu Projekte umgesetzt werden. Die Internationale Bauausstellung soll Orte im gesamten Stadtgebiet und viele Lebensbereiche umfassen.

### Familienoffensive:

Im Rahmen der Familienoffensive wurde das Betreuungsangebot für Kinder von 0 bis 10 Jahren weiter ausgebaut und verbessert. Mit rund 40% hat Heidelberg die höchste Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren in den westlichen Bundesländern. In der Altersgruppe der bis zu Sechsjährigen weist Heidelberg mit 100% (davon 63% Ganztagsangebote) die landesweit höchste Betreuungsquote auf. 79% der Grundschulkinder wurden auch nachmittags betreut.

Ebenfalls weiter fortgeführt wurde das Schulsanierungsprogramm, wobei die Sanierung der Internationalen Gesamtschule – mit einem Volumen von 34 Mio. € das größte Schulsanierungsprojekt – im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) mit der Bau- und Servicegesellschaft BSG erfolgt.

### Theatersanierung einschließlich Erweiterung:

Seit August 2009 werden die Gebäude der städtischen Bühne saniert und um einen Neubau erweitert. Das Projekt hat ein Volumen von 57 Mio. € und wird maßgeblich durch ein Bürgerkomitee unterstützt. 2011 konnte das Richtfest gefeiert werden, 2012 erfolgte die Wiedereröffnung des Theaters.

### Klimaschutz:

Ein wichtiger Partner der Stadt Heidelberg beim Klimaschutz sind die Stadtwerke Heidelberg. Mit dem Ausbau und der Verdichtung der Fernwärmeversorgung, dem geplanten Bau eines Holz-Heizkraftwerks (Spatenstich Dezember 2011) und der Prüfung, ob und wie Tiefengeothermie in Heidelberg genutzt werden kann, leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des ambitionierten Heidelberger Klimaschutzziels.

### 4.3 Wesentliche Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen aus den Teilhaushalten

In den einzelnen Teilhaushalten gab es über die unter Ziffer 4.2 genannten Themen und Aufgabenschwerpunkten insbesondere folgende weitere Entwicklungen, die eine wesentliche inhaltliche oder finanzielle Bedeutung für den Gesamthaushalt und / oder dessen weitere Entwicklung haben:

#### Teilhaushalt 20 – Finanzverwaltung / Kasse

Zahlungen an die Stadtwerke Heidelberg (vorher HVV bzw. HSW):

in Mio. €	RE 2007	RE 2008	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Plan 2012
Ergebnishaushalt	4,0	4,0	7,8	0,0	12,0	4,0
Finanzhaushalt	0,0	3,0	0,0	14,2	0,0	0,0

Mit der Zahlung der Stadt Heidelberg an die Stadtwerke Heidelberg GmbH unterstützt die Stadt Heidelberg die Entwicklung des Konzerns. Zum einen wird die Stadtwerke Heidelberg GmbH in die Lage versetzt, mit der Energiekonzeption 2020 einen klaren Fahrplan für die Energiewende in Heidelberg zu entwickeln. Noch im Jahr 2011 fand der Spatenstich zu dem Holz-Heizkraftwerk auf dem Werksgelände in Heidelberg-Pfaffengrund statt. Zum anderen erfordern die Veränderungen der Märkte und Rahmenbedingungen einen Modernisierungsprozess im Unternehmen. In 2012 wurden zusätzlich zum Haushaltsansatz von 4,0 Mio. € überplanmäßige Mittel i. H. v. 12,0 Mio. € bereitgestellt.

#### Teilhaushalt 40 – Amt für Schule und Bildung

Ausgaben des Ergebnis- und Finanzhaushalts für Sanierungen / Neubauten / Erweiterungen von Schulen (einschließlich Sanierung der Internationalen Gesamtschule durch die BSG im Rahmen eines ÖPP-Projekts):

in Mio. €	RE 2007	RE 2008	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Plan 2012
Stadt Heidelberg	14,3	13,6	16,3	20,0	16,6	10,9
BSG	0,0	0,0	0,0	3,1	1,3	10,0

Erhebliche Mittel bindet das Schulsanierungsprogramm. Zahlreiche große Sanierungsmaßnahmen wurden bereits durchgeführt – auch mit Unterstützung des Bundes durch das Konjunkturpaket II. Infolge der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise wurde in 2012 der Ansatz im städtischen Haushalt reduziert. In den Planjahren 2013 und 2014 liegen die Ansätze aber wieder über denen des Jahres 2012, da nach wie vor ein hoher Bedarf an Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen in Schulen besteht. Außerdem wird die Sanierung des Sekundarstufengebäudes der IGH im Rahmen eines ÖPP-Modells durch die BSG fortgeführt (Ausgaben der BSG insgesamt 31,7 Mio. € bis 2015).

#### Teilhaushalt 50 – Amt für Soziales und Senioren

Kennzahlen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit:

	RE 2007	RE 2008	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Plan 2012
Anzahl Personen (31.12.)	1.387	1.467	1.535	1.569	1.656	1.690
Bruttoaufwand in Mio. €	8,1	8,4	8,8	9,0	10,1	10,0

U. a. aufgrund der demografischen Entwicklung (immer älter werdende Gesellschaft) stiegen die Zahl der Leistungsempfänger bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und damit auch der Mittelbedarf hierfür an. Den – nicht nur in diesem Bereich – ansteigenden Mittelbedarf in den Kommunen bei der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben hat der Bund anerkannt. Daher hat er in 2010 eine Gemeindefinanzkommission eingesetzt, deren Aufgabe es auch war, Lösungen für die drängenden kommunalen Finanzprobleme zu erarbeiten. Ein Baustein hierbei ist die schrittweise Erhöhung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 16 % in 2011 über 45 % in 2012 und 75 % in 2013 auf 100 % in 2014.

**Teilhaushalt 51 – Kinder- und Jugendamt**

Kennzahlen zu den Hilfen zur Erziehung:

in Mio. €	RE 2007	RE 2008	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Plan 2012
Hilfen zur Erziehung	6,7	7,0	7,7	8,4	9,1	8,7

Die Aufwendungen steigen einerseits aufgrund des Anstiegs der Fallzahlen und andererseits aufgrund von Entgeltsteigerungen. Der Anstieg der Fallzahlen ist ein bundes- und landesweiter Trend. Er resultiert zum einen aus einer vermehrten Zahl von Gefährdungsmeldungen und zum anderen aus einem – qualitativ und quantitativ – erhöhten Hilfebedarf. Durch eine ständige und konsequente Optimierung von präventiven Angeboten wird angestrebt, problematische Familiensituationen und Hilfebedarfe möglichst frühzeitig zu erkennen, damit den Betroffenen die notwendige Unterstützung angeboten werden kann.

**Teilhaushalt 63 – Amt für Baurecht und Denkmalschutz**

Auszahlungen aus den Förderprogrammen rationelle Energieverwendung und Wassermanagement

in Mio. €	RE 2007	RE 2008	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Plan 2012
Auszahlungen	0,7	0,6	0,8	0,8	0,7	1,4

Der neue Stadtteil Bahnstadt mit einer Fläche von 116 Hektar wird flächendeckend im Passivhaus-Standard bebaut und ist damit die derzeit größte Passivhaus-Siedlung der Welt. Daher sind ab dem Planjahr 2011 im Ansatz des Förderprogramms für rationelle Energieverwendung auch Mittel zur Förderung des Passivhausstandards in der Bahnstadt enthalten. Gemäß dem Fortschritt der Bebauung wurde für die Jahre 2013 und 2014 der Ansatz auf jeweils 2,0 Mio. € erhöht.

**Teilhaushalt 80 – Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung**

Seit Jahren wird in Heidelberg über ein neues Konferenzzentrum intensiv debattiert. Braucht Heidelberg ein neues Konferenzzentrum und wenn ja, wo soll es gebaut werden? Diese Fragen werden in einem zweistufigen Bürgerbeteiligungsverfahren geklärt. Den Vorschlag für das Beteiligungskonzept hatte in 2011 die Bürgerstiftung erarbeitet. Kommt man zu dem Ergebnis, dass man ein Konferenzzentrum als wichtige Infrastruktureinrichtung in der Wissenschaftsstadt Heidelberg benötigt, sind anschließend auch die Fragen zum Betrieb und zur Finanzierung zu klären.

## 5. Jahresabschlussanalyse

Seit 2007 bilden wir im Rechenschaftsbericht Kennzahlen zur Analyse des Jahresabschlusses ab. Zu diesem Zeitpunkt verfügten die Kommunen noch über keine Erfahrung mit der Anwendung solcher Kennzahlen. Wir haben uns daher – wie seit 1993 immer wieder im Rahmen unserer Verwaltungsreform – ganz bewusst auf einen „Praxistest“ eingelassen, um Erfahrungen sammeln zu können, welche Kennzahlen sich im Alltag als tauglich erweisen.

Inzwischen verfügen wir über 5 Jahre Erfahrung. Gerade die letzten beiden Jahre haben gezeigt, wo die Stärken und Schwächen einzelner Kennzahlen liegen, insbesondere ob sie geeignet sind Aussagen zu treffen, die bei der Steuerung des Gesamthaushalts weiterhelfen können. Wie die Beratungen des Doppelhaushalts 2013/2014 gezeigt haben, ist es für den Gemeinderat wichtig, den Haushalt anhand einiger weniger zentraler Eckdaten in seiner Gesamtheit und mit seinen wesentlichen Entwicklungen erfassen zu können. Diese Kennzahlen – so der Wunsch – sollen dann auch für die unterjährige Steuerung genutzt werden können.

Diese Zielsetzungen des Gemeinderats decken sich mit den Vorstellungen der Verwaltung. Allerdings machen Kennzahlen oft nur dann Sinn, wenn man sie in einer längeren Zeitreihe betrachtet. Nur dann werden Entwicklungen – und damit auch Fehlentwicklungen – sichtbar. Diese Thematik wurde ebenfalls in den Haushaltsberatungen angesprochen. Und genau an dieser Stelle sind wir auf ein Problem gestoßen: In einer größeren Stadt wie Heidelberg gibt es aufgrund der vielen Handlungsfelder auch viele unterschiedliche Entwicklungsströme, die die Kennzahlen wesentlich beeinflussen können. Hinzu kommt, dass eine Veränderung der rechtlichen und damit oft auch der finanziellen Rahmenbedingungen sich massiv auf die Kennzahlen auswirken kann. Dies alles führt dazu, dass Kennzahlen hinsichtlich ihres Zustandekommens und ihrer Veränderungen erläutert werden müssen. Und je länger der Betrachtungszeitraum ist, desto umfangreicher ist der Erläuterungsbedarf. Und desto schwieriger wird die richtige Interpretation einer Kennzahl. Dies ist gleichzeitig ein Beleg dafür, dass man keine Kennzahl isoliert betrachten sollte, sondern dass nur die Zusammenschau mehrerer Kennzahlen ein realitätsnahes Bild vermittelt.

Diese Schwierigkeiten bei der richtigen Analyse der Kennzahlen sollten aber keinesfalls ein Grund sein, auf die Verwendung von Kennzahlen zu verzichten. Im Gegenteil. Man darf sich nur nicht der Illusion hingeben, dass Kennzahlen „leichte Kost“ sind, die „den schnellen Durchblick“ ermöglichen. Vor diesem Hintergrund haben wir das bisherige Kennzahlenset mit Blick auf das Wesentliche gestrafft. Dem Wunsch des Gemeinderats entsprechend sind wir über die reinen Ergebniszahlen hinausgegangen und haben auch Planwerte der Folgejahre 2012 bis 2014 mit aufgenommen. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass das Jahr 2012 in vielen Bereichen besser abgeschlossen hat als geplant (u. a. höhere Erträge im Ergebnishaushalt, geringer Kreditaufnahme). Soweit diese Verbesserungen absehbar und für die Haushaltsplanung 2013/2014 von Bedeutung waren, haben wir den Gemeinderat hierüber u. a. im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für 2013/2014 informiert.

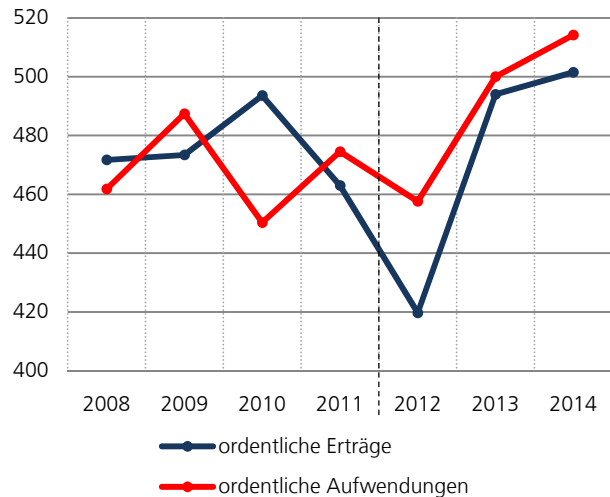
Die Einbeziehung von Planwerten künftiger Jahre in die Betrachtung wird auch in der einschlägigen Literatur immer wieder empfohlen, da die Entwicklungen abgeschlossener Haushaltsjahre häufig auch Auswirkungen auf die Zukunft haben. Damit die Zeitreihenvergleiche und Entwicklungen besser aufgenommen werden können, haben wir die Darstellung um Grafiken ergänzt.

**5.1 Ergebnisrechnung**

in Mio. €	Ergebnis				Plan		
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
ordentliche Erträge	471,7	473,4	493,6	463,0	419,7	494,0	501,5
ordentliche Aufwendungen	461,8	487,4	450,4	474,5	457,6	500,0	514,2
ordentliches Ergebnis	9,9	-14,0	43,2	-11,6	-37,9	-6,0	-12,7

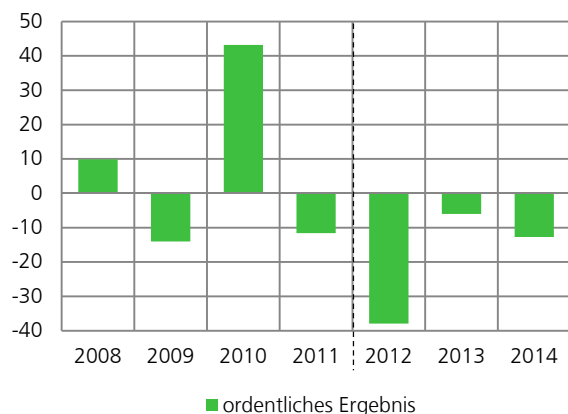
Nach einem Rückgang in 2011 und 2012 steigen die ordentlichen Erträge ab 2013 wieder deutlich an.

Der Einbruch von 2011 und 2012 gegenüber 2010 resultiert zum einen aus einem Rückgang bei den Steuern und Schlüsselzuweisungen (-15,7 Mio. €), zum anderen aber auch ganz wesentlich daraus, dass in 2010 in hohem Umfang Rückstellungen aufgelöst wurden (45,8 Mio. € - insbesondere Pensionen, FAG - gegenüber 22,1 Mio. € in 2011 und 0 € in 2012). Außerdem sind in 2012 die Ansätze bei den Steuern und Zuweisungen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise noch niedrig. Der Anstieg von 2013 und 2014 ist überwiegend auf Mehrerträge bei den Steuern und Zuwendungen zurückzuführen (zusammen +70,9 Mio. € in 2013 und weitere 8,6 Mio. € in 2014).



Nach einer „Wellenbewegung“ der ordentlichen Aufwendungen zwischen 2008 und 2012 – u. a. ausgelöst durch die Konsolidierungserfordernisse im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise – steigen diese ebenfalls ab 2013 wieder deutlich an. Dieser Anstieg wird insbesondere ausgelöst durch höhere Personalaufwendungen (in 2013 +9,9 Mio. € gegenüber 2012), höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+13,5 Mio. €) und höhere Transferaufwendungen (+17,1 Mio. €). Die Mehraufwendungen resultieren zum Teil aus Gesetzesänderungen (u. a. + 55 neue Stellen im Kinder- und Jugendamt) und korrespondieren teilweise mit Mehrerträgen (u. a. Zuschüsse Kinderbetreuung), so dass zur weiteren Beurteilung die Entwicklung des ordentlichen Ergebnisses herangezogen werden sollte.

Das ordentliche Ergebnis 2010 wurde durch die Auflösung von Rückstellungen i.H.v. 45,8 Mio. € wesentlich geprägt. Diese hatten einen hohen Anteil am positiven Ergebnis (+43,2 Mio. €). Ab 2011 ist das ordentliche Ergebnis negativ. Der Gesetzgeber hat anerkannt, dass aufgrund von Schwankungen insbesondere der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht immer davon ausgegangen werden kann, dass die Erträge höher liegen als die Aufwendungen. Für diese Fälle hat er den Haushaltsausgleich über Rücklagemittel für zulässig erklärt. Der deutlich negative Wert in 2012 ist auch eine Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Allerdings wird – ähnlich



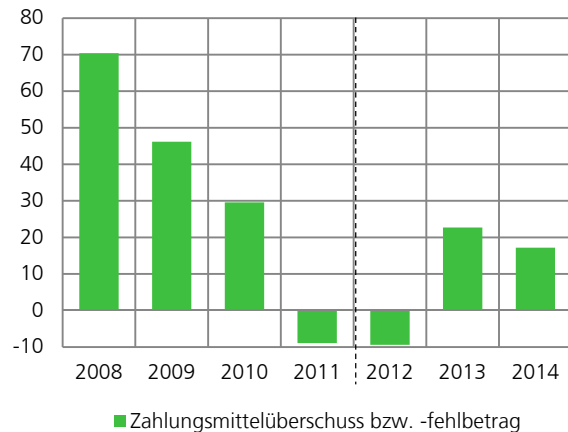
wie das Jahr 2011 – auch das Jahr 2012 aufgrund der wirtschaftlichen Erholung deutlich besser abschließen als geplant. Wird über mehrere Jahre hinweg kein ausgeglichener Ergebnishaushalt erreicht, und ist irgendwann auch kein Ausgleich über die Rücklage mehr möglich, so bedeutet dies, dass die Abschreibungen nicht vollständig erwirtschaftet werden und damit ein Werteverzehr erfolgt. Ein solcher Werteverzehr widerspricht dem Prinzip des intergenerativen Gerechtigkeitsausgleichs. Daher sollte parallel betrachtet werden, wie sich der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts entwickelt, denn dies ist der Beitrag, der aus dem Geschäft der laufenden Verwaltung heraus für Investitionen erwirtschaftet werden kann (Ziffer 5.2; zur Entwicklung des Standes der Rücklagen siehe unter Ziffer 5.3).



**5.2 Finanzrechnung**

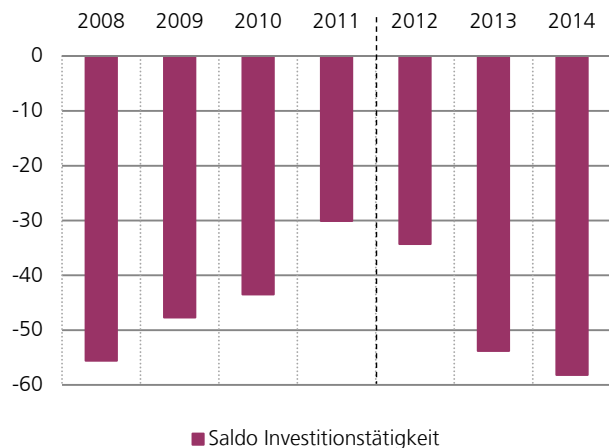
in Mio. €	Ergebnis				Plan		
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit:							
- Zahlungsmittelüberschuss	70,4	46,2	29,6			22,7	17,2
- Zahlungsmittelfehlbetrag				-8,9	-9,4		

Nahezu im gesamten Betrachtungszeitraum kann im Ergebnishaushalt ein Zahlungsmittelüberschuss erwirtschaftet werden. Lediglich in den Jahren 2011 und 2012 gibt es einen Fehlbetrag, insbesondere infolge der geringeren Erträge in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ein Zahlungsmittelüberschuss bedeutet, dass aus dem Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit heraus ein Überschuss erwirtschaftet werden kann zur Finanzierung der Investitionen. Daher ist der nächste Schritt der Jahresabschlussanalyse eine Betrachtung, welcher Mittelbedarf durch die Investitionstätigkeit ausgelöst wird und wie dieser Mittelbedarf finanziert wird.



in Mio. €	Ergebnis				Plan		
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Einzahl. Investitionstätigkeit	15,1	12,4	45,9	22,3	10,8	19,0	10,4
Auszahl. Investitionstätigkeit	70,7	60,1	89,4	52,4	45,1	72,8	68,6
Saldo Investitionstätigkeit	-55,6	-47,7	-43,5	-30,1	-34,3	-53,8	-58,2

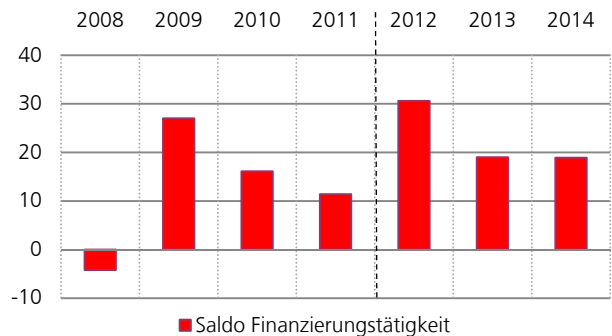
Der Saldo aus Investitionstätigkeit ist in der Regel negativ, da die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (insbesondere Beiträge, Einnahmen aus Veräußerungen und Investitionszuschüsse) niedriger liegen als die Auszahlungen für Investitionen (insbesondere Ausgaben für den Erwerb von Vermögen, für Baumaßnahmen und für Investitionszuschüsse an Dritte). Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde in 2011 und 2012 die Investitionstätigkeit eingeschränkt, da insbesondere aus laufender Verwaltungstätigkeit kein Finanzierungsbeitrag zur Verfügung stand (siehe Grafik oben), so dass zur Finanzierung der Zahlungsmittelbestand eingesetzt sowie Kredite neu aufgenommen werden mussten (siehe nachfolgende Tabellen).



in Mio. €	Ergebnis				Plan		
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Saldo Finanzierungstätigkeit	-4,2	27,0	16,1	11,4	30,6	19,0	18,9

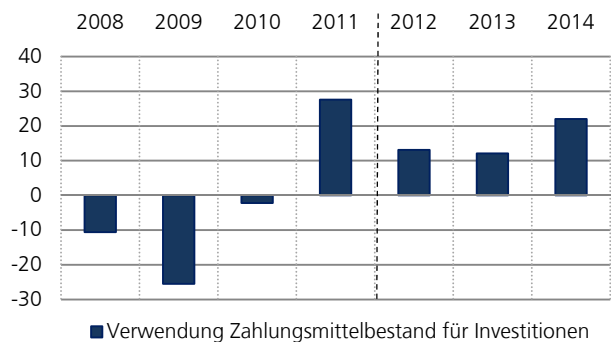
In 2008 war der Saldo aus Finanzierungstätigkeit negativ, d. h. dass die Kreditneuaufnahmen überstiegen haben und damit der Schuldenstand verringert werden konnte. Ab 2009 stieg der Schuldenstand dann wieder an.

Ein zentrales Thema der Haushaltsplanberatungen 2013/2014 war, wie der Anstieg der Verschuldung für die beiden Planjahre und auch mittelfristig begrenzt werden kann und gleichzeitig die notwendigen Investitionen getätigt werden können.



in Mio. €	Ergebnis				Plan		
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Einsatz Zahlungsmittelbestand für Investitionen				27,6	13,1	12,1	22,0
Aufstockung des Zahlungsmittelbestands	10,6	25,5	2,2				

Zur Finanzierung der Investitionstätigkeit ist neben dem Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt und der Kreditaufnahme der Einsatz des Zahlungsmittelbestands ein weiterer zentraler Baustein. In den Jahren 2008 und 2010 wurde er für die Investitionstätigkeit nicht benötigt, er konnte vielmehr durch hohe Einzahlungen weiter erhöht werden. Ab 2011 wird er dann für die Finanzierung eingesetzt.

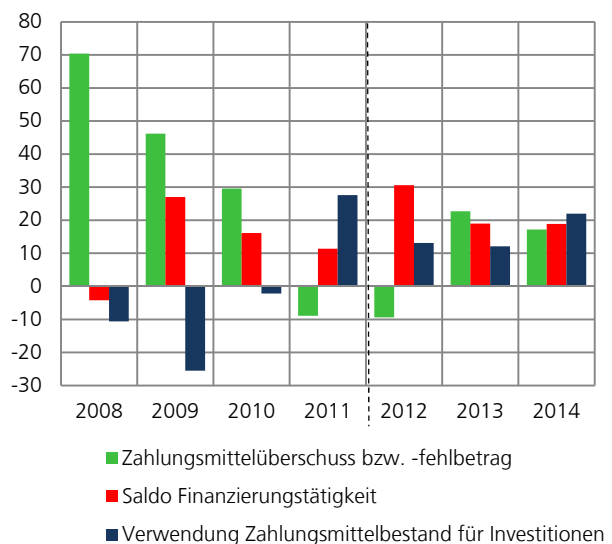


Die nachfolgende Grafik ist die Summe der 3 obigen Grafiken zum Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts, zur Finanzierungstätigkeit und zum Einsatz des Zahlungsmittelbestands. In ihr wird deutlich, dass sich hinsichtlich der Investitionsfinanzierung ein sehr unterschiedliches Bild ergibt:

In 2008 war der Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (grüne Säule) so hoch, dass er nicht nur zur Investitionsfinanzierung ausreichte sondern auch eine Schuldentilgung (rote Säule) und eine Erhöhung des Zahlungsmittelbestands (blaue Säule) ermöglichte.

Dieser vor allem in 2008 und 2009 angesammelte Zahlungsmittelbestand wird ab 2011 zur Finanzierung eingesetzt (blaue Säule).

In 2012 tragen die Kreditaufnahmen (rote Säule) den größten Anteil zur Investitionsfinanzierung bei, in allen übrigen Jahren sind es im laufenden Jahr (grüne Säule) und/oder in Vorjahren (blaue Säule) erwirtschaftete Eigenmittel.



### 5.3 Strukturdaten

Für weitergehende Analysen haben wir hier ausgewählte Kennzahlen relativ komprimiert zusammengefasst. Diese Kennzahlen konzentrieren sich auf einzelne Ertrags- und Aufwandsarten und tragen dazu bei, einen Überblick über die Haushaltsstruktur der Ergebnisrechnung und deren Entwicklung zu erhalten. Dabei werden jeweils einzelne Ertrags- oder Aufwandsarten in Relation zu dem Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge bzw. der ordentlichen Aufwendungen gesetzt.

Kennzahlen in Relation zu den ordentlichen Erträgen insgesamt:

	Ergebnis				Plan		
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ordentliche Erträge in Mio. €	471,7	473,4	493,6	463,0	419,7	494,0	501,5
Steuererträge abzgl. Gewerbesteuerumlage in Mio. €	104,8	112,8	102,1	96,7	89,7	99,8	100,0
Netto-Steuerquote	22,9%	24,7%	21,3%	21,6%	22,1%	20,8%	20,6%
Zuwendungen in Mio. €	159,2	154,6	152,0	145,2	142,8	189,5	194,9
Zuwendungsquote	33,8%	32,7%	30,8%	31,4%	34,0%	38,4%	38,9%

#### Netto-Steuerquote

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Kommune über Steuern „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Dass die Kennzahl in den Jahren 2013 und 2014 nach Bewältigung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht ansteigt sondern sogar rückläufig ist, liegt insbesondere daran, dass in Heidelberg in den Krisenjahren die Gewerbesteuererträge nicht zurückgegangen sind.

#### Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der Erträge aus Zuwendungen an den ordentlichen Erträgen ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten. Die Entwicklung der Kennzahl wird im Wesentlichen von zwei Faktoren bestimmt: zunächst einmal von der Höhe der Zuweisungen (u. a. aus dem Finanzausgleich bzw. im Bereich der Kindergartenförderung). Diese wiesen in den Jahren 2011 und 2012 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise den niedrigsten Wert im Betrachtungszeitraum auf. Der zweite wesentliche Faktor ist die Summe aller Erträge. In 2010 lag die Summe der Erträge relativ hoch, da in diesem Jahr Rückstellungen i. H. v. 45,8 Mio. € aufgelöst wurden (siehe hierzu bei 5.1). Die hohe Gesamtsumme der Erträge führte dazu, dass für 2010 die Kennzahl absank, ohne dass die Zuwendungen gegenüber dem Vorjahr wesentlich gesunken wären.

Kennzahlen in Relation zu den ordentlichen Aufwendungen insgesamt:

	Ergebnis				Plan		
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ordentlich. Aufwand in Mio. €	461,8	487,4	450,4	474,5	457,6	500,0	514,2
Personalaufwand in Mio. € (ohne Rückstellungen)	118,8	123,3	126,1	128,5	129,0	138,9	141,8
Personalintensität	25,7%	25,3%	28,0%	27,1%	28,2%	27,8%	27,6%
Sach-/Dienstleistung. in Mio. €	73,5	68,8	71,7	72,3	70,1	83,6	81,8
Sach-/Dienstleistungsintensität	15,9%	14,1%	15,9%	15,2%	15,3%	16,7%	15,9%
Transferaufwand in Mio. €	161,9	180,4	162,0	178,7	167,1	184,2	196,1
Transferaufwandsquote	35,1%	37,0%	36,0%	37,7%	36,5%	36,8%	38,1%
Zinsaufwand in Mio. €	5,3	5,7	6,0	6,7	9,1	8,1	9,1
Zinslastquote	1,2%	1,2%	1,3%	1,4%	2,0%	1,6%	1,8%

#### Personalintensität

Die Personalintensität gibt den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen an. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu beachten. In Heidelberg ist der Anteil der Ausgliederungen sehr gering.

Da ab 2010 die Rückstellungen nicht mehr bei den Kommunen sondern beim Kommunalen Versorgungsverband zu bilden sind, haben wir die in 2008 und 2009 gebildeten Rückstellungen bei der Berechnung der Kennzahl ausgeklammert.

Die Personalaufwendungen sind im Betrachtungszeitraum jährlich gestiegen. Die Schwankungen der Kennzahl werden im Wesentlichen durch die Schwankungen des Gesamtbetrags der ordentlichen Aufwendungen ausgelöst (siehe hierzu bei 5.1).

#### Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Der Anstieg in 2013 und 2014 lässt sich überwiegend auf die höheren Ansätze für die Unterhaltung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, die Mietzahlung an die Theater- und Orchesterstiftung, die Zahlung einer Bewirtschaftungsrate für die Internationale Gesamtschule im Rahmen des ÖPP-Vertrags und die Ausweitung der Angebote in der Schülerbetreuung, an den Ganztagschulen sowie beim Mittagstisch an Schulen zurückführen.

#### Transferaufwandsquote

Die Kennzahl gibt an, in welchem Umfang die Kommune durch Transferaufwendungen (u. a. Zuschüsse, Umlagen, Sozial- und Jugendhilfeleistungen) belastet wird. Besonders im Vergleich mit den anderen Aufwandskennzahlen wird hier deutlich, welche bedeutende Rolle für den Haushalt die Transferaufwendungen spielen. Dem Anstieg der Aufwendungen von 2012 nach 2013 und 2014 stehen teilweise Mehrerträge gegenüber (insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung); siehe hierzu auch Entwicklung der Zuwendungsquote.

#### Zinslastquote

Die Zinslastquote verdeutlicht, in welchem Umfang die vorhandenen Kredite den Ergebnishaushalt belasten. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Kommune ein. Parallel zur Entwicklung der Verschuldung steigt auch die Zinslast im Betrachtungszeitraum an.

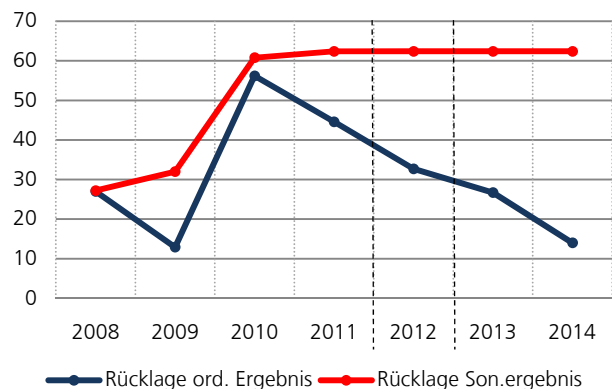
**5.4 Rücklagen, Zahlungsmittel, Schulden**

Die nachfolgenden absoluten Zahlen haben insbesondere in der mittelfristigen Betrachtung Bedeutung und unterstützen die Beurteilung, wie ein Haushaltsausgleich erreicht wurde bzw. welche Mittel für einen Haushaltsausgleich benötigt wurden bzw. zur Verfügung stehen.

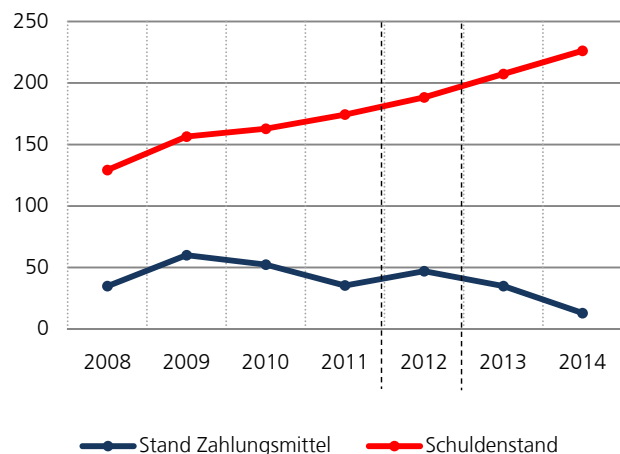
Da das Jahr 2012 in vielen Bereichen besser abgeschlossen hat als geplant, haben wir nachfolgend jeweils in Klammer die Werte ergänzt, die wir im Rahmen der Haushaltsplanung 2013/2014 als voraussichtliches Ergebnis angenommen haben. Für die beiden folgenden Grafiken haben wir dann diese aktualisierten Werte verwendet.

in Mio. €; jeweils zum 31.12.	Ergebnis				2012	Plan	
	2008	2009	2010	2011		2013	2014
Stand der Rücklagen des ordentlichen Ergebnisses	27,0	12,9	56,2	44,6	0 (32,7)	26,7	14,0
Stand der Rücklagen des Sonderergebnisses	27,2	32,0	60,8	62,4	12,1 (62,4)	62,4	62,4
Endstand an Zahlungsmitteln (mit Geldanlagen)	34,8	60,0	52,3	35,3	2,9 (47,0)	34,9	12,9
Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden)	129,2	156,4	162,8	174,3	222,7 (188,3)	207,3	226,2

Durch das gute ordentliche Ergebnis aus 2010, das insbesondere durch einen hohen Betrag bei den Auflösungen von Rückstellungen zustande kam (siehe hierzu bei 5.1), konnte die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses deutlich aufgestockt werden. Ab dem Jahr 2011 wird diese dann schrittweise für den Haushaltsausgleich eingesetzt.



Bessere Ergebnisse als geplant haben in den zurückliegenden Jahren immer wieder dazu geführt, dass weniger Kredite aufgenommen werden mussten als geplant. Dies hat gleichzeitig zu einem relativ hohen Stand an Zahlungsmitteln geführt, der nun schrittweise zur Finanzierung eingesetzt werden kann. In seinem Leitantrag zum Haushalt 2013/2014 hat der Gemeinderat beschlossen, dass die jährliche Netto-Neuverschuldung deutlich zu reduzieren ist. Dafür sollen die jährlichen Ausgaben begrenzt und das jährliche Investitionsvolumen an der Maßgabe einer definierten maximalen Netto-Neuverschuldung ausgerichtet werden.



## 6. Ausblick: Chancen und Risiken

Bereits unter Ziffer 5 Jahresabschlussanalyse wurden neben Zahlen aus den abgeschlossenen Haushaltsjahren auch die Planjahre 2012 bis 2014 einbezogen. An dieser Stelle soll nun noch weiter in die Zukunft geblickt und es sollen künftige Chancen und Risiken benannt werden. Im Hinblick auf eine kontinuierliche und nachhaltige Entwicklung wird eine solche Darstellung auch in § 54 der Gemeindehaushaltsverordnung gefordert.

Als allgemeine Risiken sind regelmäßig die Entwicklung der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage zu nennen. Neben der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung in Deutschland sind auch die Situation im Euro-Raum sowie die weltweite Entwicklung zu beachten. Für 2013 erwartet die Bundeskanzlerin, dass das wirtschaftliche Umfeld nicht einfacher sondern schwieriger wird. Wie die letzte Krise insbesondere in den Jahren 2009 und 2011 gezeigt hat, drohen in diesen Fällen erhebliche Einbußen bei den Steuern sowie vor allem bei den Schlüsselzuweisungen. Erfreulicherweise hat sich in Heidelberg in der letzten Krise die Gewerbesteuer als relativ robust erwiesen – nicht zuletzt auch aufgrund der breiten Basis an Gewerbesteuerzahlern.

Für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt sind auch künftig Investitionen in die Infrastruktur – u. a. in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung – notwendig. Wie die Beratungen zum Haushaltsplan 2013/2014 gezeigt haben, sind hierfür eine Steigerung der Ertragskraft unseres Ergebnishaushalts und damit eine Begrenzung der Verschuldung erforderlich. Der Gemeinderat hat daher mit großer Mehrheit für einen Leitantrag gestimmt, der über die beiden Planjahre hinausgeht und auch für den Zeitraum bis 2018 die Entwicklung der laufenden Aufwendungen, das Volumen der Investitionstätigkeit sowie die Neuverschuldung in den Blick nimmt. Angesichts der begonnenen Großprojekte in der Stadtentwicklung ist dies von besonderer Bedeutung.

Heidelberg ist eine der wenigen noch wachsenden Städte. Daher ist es als positiv zu bewerten, dass die Entwicklung der Bahnstadt, der Konversionsprozess und die Internationale Bauausstellung nicht nur bauliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen sondern auch in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht bedeutsam sind. Hier besteht darüber hinaus die Möglichkeit, einen wichtigen Beitrag zu leisten, um die Stadt fit zu machen für eine alternde Gesellschaft.

Ebenfalls eine große Herausforderung und sowohl mit Chancen als auch mit Risiken verbunden ist der in Planung befindliche umfassende Ausbau des Straßenbahnnetzes unter dem Oberbegriff „Mobilitätsnetz Heidelberg“. Für das weitere Vorgehen von Bedeutung ist die gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Untersuchung, die sich in Erarbeitung befindet.

Mit den Aufgaben, die Energiewende an uns stellt, haben sich auch unsere Stadtwerke in ihrer Energiekonzeption 2020 befasst. Neben dem Bau eines Holzheizkraftwerks, Untersuchungen zur Nutzungsmöglichkeit von Tiefengeothermie wurde auch ein Planungsbeschluss für ein Gaskraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung gefasst. Zur Stabilisierung der Ertragskraft des Versorgungsbereichs werden auch in den nächsten Jahren Maßnahmen zur Optimierung und Kostensenkung notwendig sein.